

Brüssel und Leipzig



Ich war wieder einmal in Brüssel. Auf Staatskosten. Und dann in Leipzig, auf meine. Die Reise der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates brachte keine Erkenntnisgewinne, hatte aber offensichtlich grossen erwachsenenbildnerischen Wert: Ein sehr amtsalter, sagen wir mal europakritischer Kollege fand die Reise öffentlich gut. Er rapportierte Anfänge von Denkprozessen bei unseren europäischen ParlamentskollegInnen. Und schaffte es damit bis in unsere liebste Fernsehsatire. Bravo. Er und seine kritischen Kollegen erlebten aber auch gar Grosses: Europa ist nicht einfach eine graue Beamtenburg, sondern da sind Menschen aus 28 Mitgliedsländern, ParlamentarierInnen, Meinungen. Ob die Reise eine Reise wert war, sehen wir sehr bald. Immerhin, und frei von Ironie: UNP Kommissionspräsident, SVP Bern, antwortete auf die Frage, ob er sich über die europakritischen (rechtsradikalen) Kräfte freue, die im Frühling ins Europäische Parlament drängen, nein. Die Schweiz sei Teil Europas. Danke.

•••

Die geläuterten oder gefestigten Gschpänli aus der Kommissi-

on gingen gesättigt von all den Eindrücken heim – und ich nach Leipzig. Ich hatte die Ehre, die SP Schweiz am Parteitag der SPD zu vertreten. Das geschah ziemlich unauffällig, weil niemand Zeit hatte, irgendwie international wichtig zu empfangen.

Atmosphärisch fiel auf, dass auf jedes Motto verzichtet wurde. Kein vorwärts, kein gemeinsam, kein gerecht, kein solidarisch für Deutschland. Nur: Ordentlicher Bundestag Leipzig. Das passte. Weil die Niederlage bei den Bundestagswahlen dann doch schmerzte. Sigmar Gabriel machte eine ebenso ehrliche wie eitle Analyse, warum es nicht geklappt habe: Schröder, Steinbrück, Entfremdung von der Basis und noch etwas er selbst. Sigmar überzeugte aber in der zerknirschten Vorbereitung auf die grosse Koalition. Da ist ein Mindestlohn, da sind allenfalls die doppelte Staatsbürgerschaft und gleicher Lohn für gleiche Arbeit zu haben. Und auch endlich die totale Gleichstellung etwa für schwule und lesbische Paare. Der Höhepunkt in Leipzig war aber Europa. Und in dieser sehr engagiert geführten Debatte war es eine Rede von Martin Schulz, die nicht nur mich bewegte.

Irgendwo emotional zwischen dem Weltkrieg und Lampedusa. «Neues Vertrauen für ein besseres Europa», so der Leitsatz. «Für ein europäisches Deutschland, nicht ein germanisiertes Europa.» Von einem sozialen und gerechten Europa war die Rede. Martin Schulz ist Kandidat der europäischen Sozialistinnen und Sozialisten für das Kommissionspräsidium der EU. Minutenlang stehend gefeiert von den enttäuschten, aber pragmatischen GenossInnen in Leipzig. Ich fand mich klein, solidarisch und voller Respekt.

Martin Naef

'Terrorismus- Bekämpfung'



Der grüne Bundestagsabgeordnete und Strafverteidiger Christian Ströbele hat einen Coup gelandet. Dass es gerade er es war, der Edward Snowden traf, ist kein Zufall. Er war einer der wenigen, der nie vor den USA kuschelte. Er verwies immer hartnäckig darauf, welche Gefahr dem Rechtsstaat durch den Antiterrorismus-Feldzug auch der rot-grünen Regierung nach dem Schock von 9/11 drohte. Er hat Kanzlerin Merkel in eine dumme Situation gebracht. Sie will Snowden weder Asyl gewähren, noch in Deutschland befragen, obgleich sie die Notwendigkeit von letzterem längst einräumen musste. Sie beugt sich damit letztlich weiterhin dem Druck der USA. Für die Schweiz stellen sich genau die gleichen Fragen, nur gehört die Schweiz nicht der NATO an. Asyl für Snowden, das in einem ausserordentlichen politischen Akt vom Bundesrat gewährt werden sollte, forderte jüngst auch Micheline Calmy-Rey. Der Bundesrat muss endlich Farbe bekennen. Die Öffentlichkeit will wissen, was der Bundesrat wann gewusst hat, welche Rolle der schweizerische Nachrichtendienst spielte, und erwartet eine klare Distanzierung von der üblen Geheimdiensttätigkeit der NSA. Bis jetzt scheint der Bundesrat nicht gemerkt zu haben, dass wir mit dem grössten

Geheimdienstkandal aller Zeiten konfrontiert sind, Hunderttausende von BürgerInnen und die Schweiz als Land sind von ihm betroffen. Eine allzu grosse Nähe zu den USA aus wirtschaftlichen Interessen und ideologischer Voreingenommenheit auch nach Ende des Kalten Krieges hat unsere Behörden auf einem Auge blind gemacht. Die USA betrieben in Genf einen Horchposten, das steht fest. Es verunndert, dass der Bundesanwalt bislang keine Strafuntersuchung wegen verbotener Geheimdiensttätigkeit eingeleitet hat. Der Bundesrat ist aber aufgefordert, die dazu nötige Bewilligung bei Vorliegen eines Gesuchs des Bundesanwaltes umgehend zu erteilen. Im Zuge des blinden Gehorsams nach 9/11 schloss der Bundesrat mit den USA das geheime 'operating working arrangement' OWA, dessen Wortlaut bis heute unbekannt blieb. Unter der Ägide des damaligen Justizministers Christoph Blocher wurde OWA neu ausgehandelt und vom Parlament 2007 trotz Widerstand der Grünen unbedacht abgesegnet. Es erlaubte amerikanischen Agenten Informationsbeschaffung direkt in der Schweiz im Zusammenhang mit der 'Terrorismusbekämpfung'. Es war schon damals offensichtlich, dass damit geheimdienstlichen Aktivitäten eine neue legalisierte Grundlage geschaffen wurde. Einen Zusammenhang zwischen OWA und dem neuen Geheimdienstkandal stellte der Bundesrat in der Fragestunde der Herbstsession in Abrede. Gekündigt werden muss das Abkommen aber. Denn amerikanische Agenten haben in der Schweiz nichts zu suchen. Wenn der Bericht der GPD vorliegt, wissen wir, was bezüglich der Verstrickung unserer Nachrichtendienste Sache ist. Dann wird sich weisen, ob es für die vollständige Aufklärung dieses Skandals eine PUK braucht.

Daniel Vischer